

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 9. September 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 240 Anfrage Heselhaus Sabine und Mit. über Investitionen in den Klimaschutz zum Schutz der Bevölkerung / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 240 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Sabine Heselhaus hält an der Dringlichkeit fest.

Sabine Heselhaus: Da es in meiner Anfrage um eine Gefahr für die Bevölkerung geht, besteht ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht, und die Öffentlichkeit erwartet die umgehende politische Stellungnahme des Kantonsrates. Das Anliegen erträgt keinen Aufschub, da die jüngsten Ereignisse von Unwetterschäden aufzeigen, dass das Thema Naturgefahren zum Schutz der Bevölkerung durch die zunehmende Klimaveränderung dringlich zu behandeln ist. Das Anliegen kann zwar bei einem ordentlich traktandierten Geschäft eingebracht werden, wir sind jedoch nicht sicher, ob nicht schon heute oder morgen ein grosses Unwetter Leib und Leben der Bevölkerung bedroht. Das Anliegen tangiert kein laufendes Verfahren. Die Bevölkerung sollte aufgrund der jüngsten Bedrohung durch Naturkatastrophen dringend über den Stand der Umsetzung der in den Jahren 2022 bis 2026 eingeplanten Klimaschutzmassnahmen und Schutzmassnahmen für die Bevölkerung im Kanton informiert werden. Das Anliegen fällt eindeutig in den Zuständigkeitsbereich des Kantons Luzern, da dieser den Schutz der Bevölkerung vor drohenden Gefahren gewährleisten muss. Meine Anfrage, wie die Luzerner Bevölkerung vor Gefahren für die Gesundheit durch die fortschreitenden Auswirkungen des Klimawandels informiert beziehungsweise geschützt wird, ist eindeutig dringlich. Wer will es schon verantworten, wenn durch aufgeschobene Massnahmen Menschen zu Schaden kommen oder gar ihr Leben verlieren?

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Der Klimawandel schreitet voran. Aber auch bei dieser Anfrage sind die Dringlichkeitskriterien Ihres Rates nicht erfüllt. Deshalb bitte ich Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 83 zu 27 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.